

II-4771 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2463/J

1988 -07- 11

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. DILLERSBERGER, HINTERMAYER
an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft
betreffend Pflanzenschutzmittelgesetz

Im Arbeitsübereinkommen zwischen der Sozialistischen Partei Österreichs und der Österreichischen Volkspartei vom 16.1.1987, Beilage 18 "Umweltpolitik", befindet sich folgende bemerkenswerte Passage:

"3. Boden. Es sind jedenfalls folgende Vorhaben zu verwirklichen: a) Chemikaliengesetz (Zeithorizont 1987), b) Pflanzenschutzmittelgesetz (Zeithorizont 1987)."

Das Chemikaliengesetz wurde auf der Basis sozialliberaler Vorarbeiten als Antrag der FPÖ eingebracht, dem eine Regierungsvorlage der großen Koalition folgte, die allerdings erst 18 Monate nach ihrer Kundmachung in Kraft treten wird, also erst im Februar 1989. Auf massives Betreiben von ÖVP-Abgeordneten im Umweltausschuß wurden aus diesem Gesetz alle den Pflanzenschutz betreffenden Passagen gestrichen. Erst während der Plenardebatte gelang es dem Erstunterzeichner, den einstimmigen Beschluß eines Entschließungsantrages zu erwirken, daß Saatgutweizen und Pflanzenschutzmittel dem Chemikaliengesetz analogen Regelungen unterworfen werden sollen. Von einer Regierungsvorlage der großen Koalition fehlt aber nach wie vor jede Spur, obwohl während der sozialliberalen Koalition bereits Anfang 1986 ein Ministerialentwurf vorlag, der lediglich nach dem letzten Stand der wissenschaftlichen Erkenntnis und im Sinne des Entschließungsantrages E 17 überarbeitet werden müßte.

Da Versäumnisse im Umweltbereich immer wieder gigantische Folgekosten nach sich ziehen, richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft die

- 2 -

A n f r a g e :

1. Womit begründen Sie die Säumigkeit Ihres Ressorts gegenüber dem Arbeitsübereinkommen der großen Koalition im Hinblick auf das Pflanzenschutzmittelgesetz?
2. Bis wann werden Sie dem Nationalrat ein nach den neuesten Erkenntnissen der Wissenschaft und im Sinne des Entschließungsantrages E 17 überarbeitetes Pflanzenschutzmittelgesetz vorlegen?
3. Welche Maßnahmen zum Schutze des Bodens, des Wassers und der Umwelt vor gefährlichen Pflanzenschutzmitteln und Saatgutweizen werden Sie bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes ergreifen?